

II-74 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
IX. Gesetzgebungsperiode.

14.2.1962

250/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r , Dr. K a n d u t s c h , K i n d l ,  
Dr. K o s , M a h n e r t , Dipl.-Ing. Dr. S c h e u c h , Dr. van  
T o n g e l und Z e i l l i n g e r  
an den Bundeskanzler,  
betreffend Äußerungen des Staatssekretärs für Landesverteidigung, Herrn  
Otto Rösch.

--- --

In einem kürzlichen Vortrag vor Grazer Studenten ging der Staatssekretär für Landesverteidigung Rösch auf das Problem der Neutralität ein. Hinsichtlich des Grundsatzes der militärischen Neutralität bestehe bekanntlich zwischen den drei im Parlament vertretenen demokratischen Parteien keine Meinungsverschiedenheit. Die Formulierungen, die Staatssekretär Rösch wählte, waren jedoch erstaunlich und wichen von dem ab, was bisher von Regierungsmitgliedern ausgeführt wurde. Nach von ihm nicht dementierten Pressemeldungen hat Staatssekretär Rösch in seinem Vortrag unter anderem folgendes ausgeführt:

Mitaallem Nachdruck muß jene Ideologie bekämpft werden, die nur gegenüber dem Osten neutral ist, dem Westen hingegen zublinzelt. Antikommunistische Parolen und zugleich pro-westliche Erklärungen sind für das neutrale Österreich nicht möglich. Die Neutralität Österreichs gilt in gleicher Weise dem Osten wie dem Westen, und zwar militärisch und ideologisch, aber nicht gesellschaftlich. Vom Westen drohen unserer Neutralität größere Gefahren als vom Osten. Je mehr unsere Neutralität vom Westen bedroht wird, desto weiter werden wir dem Osten zugetrieben. Neutral gegen den Westen zu sein, ist für uns weitaus schwieriger, da wir bis in die jüngste Zeit mit ihm im gleichen Boot segelten. Auch militärisch droht uns vom Westen die größere Gefahr. Die kürzeste Verbindung der NATO-Staaten Italien und Westdeutschland führt ja über Österreich, während für einen Vorstoß der Russen nach Westdeutschland oder nach Italien Österreich völlig uninteressant ist.

Die "Südost-Tagespost" vom 27. II. berichtete als einzige österreichische Zeitung, daß Bundeskanzler Gorbach in der Ministerratssitzung vom 6. II. festgestellt habe, daß "solche Äußerungen in keiner Weise die Auffassungen der Bundesregierung wiedergeben". Die Tatsache dieser Feststellung fand jedoch keinen Hinweis im Kommuniqué der betreffenden Ministerratssitzung.

250/J

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

- 1.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, mitzuteilen, ob die Äußerungen des Herrn Staatssekretärs Rösch in Graz über die österreichische Neutralität in dieser Formulierung der Auffassung der österreichischen Bundesregierung entsprechen?
- 2.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, mitzuteilen, wieso eine Exklusivmeldung über diese Frage im Ministerrat lediglich der Südost-Tagespost übergeben wurde?
- 3.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, mitzuteilen, warum eine so wichtige Erklärung im Ministerratskommuniqué nicht enthalten ist?

-.--.-.-